

Mainz, 25.09.2019

Antrag 1415/2019 zur Sitzung Stadtrat am 25.09.2019

Resolution Schiffsanlegestellen in Mainz (CDU, SPD, FDP, ÖDP, FW)

Schiffsanlegestellen in Mainz

Mainz verdankt seine Existenz ganz wesentlich dem Rhein als Handelsroute, auf der stets zahlreiche Schiffe verkehren. Zu dieser Tradition als Hafenstadt bekennt sich die Landeshauptstadt Mainz. Binnenschiffern und ihren Angestellten wollen wir Heimat sein und ihren Schiffen sichere Liegestellen bieten. Die entsprechende Infrastruktur in und um Mainz herum wollen wir daher pflegen und ausbauen. Die wichtige Rolle der Binnenschiffe bei der Entwicklung eines Verkehrswesens, das große Gütermengen mit einem möglichst geringen Energieeinsatz bewegt, wissen wir in Mainz besonders zu schätzen.

Im Rahmen der Umwandlung von industriellen Hafenflächen zu Wohn- und Mischgebieten, in denen dringend benötigter Wohnraum für viele Menschen entsteht, müssen die Interessen der früher diese Flächen nutzenden Binnenschiffer gleichermaßen geschützt werden wie die Bedürfnisse der sich dort neu ansiedelnden Menschen. Die Landeshauptstadt Mainz bekennt sich grundsätzlich zu ihrer Verpflichtung, den Binnenschiffern für umgewidmete Hafenflächen Liegestellen an anderen Stellen bereitzustellen. Zugleich steht die Landeshauptstadt Mainz ihren eigenen Bürgern gegenüber in der Pflicht, die Belastung durch Luftschadstoffe und Lärmemissionen möglichst gering zu halten und die Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte zu gewährleisten. Dies gilt sowohl für jahrzehntelang bestehende Wohngebiete in Rheinnähe als auch für neue Wohnungen auf früher industriell genutzten Flächen. Die Menschen in der Landeshauptstadt Mainz haben einen Anspruch auf körperliche Unversehrtheit.

Der Mainzer Stadtrat appelliert daher an die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, im Stadtgebiet Mainz auf die Errichtung und Modernisierung von Schiffsanlegestellen, Havarieplätzen und Autoabsetzanlagen in direkter Nähe zu Wohnbebauung zu verzichten. Das beinhaltet auch einen Verzicht auf Liegestellen entlang der künftigen Grünfläche der Nordmole im Zollhafenareal. Es sind vielmehr vermehrte Anstrengungen erforderlich, den Binnenschiffern diese dringend benötigten Einrichtungen kurz- und mittelfristig entlang des Rheinufers ohne Konfliktpotential mit den dort lebenden Menschen bereitzustellen.

Das Festhalten an Planfeststellungsverfahren, die nach heutigem Stand zu langjährigen juristischen Auseinandersetzungen führen werden, ist nach Ansicht des Mainzer Stadtrats kein geeigneter Weg, die berechtigten Bedürfnisse der Binnenschiffer schnell zu befriedigen und gleichzeitig die Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgern zu erfüllen.

gez.

Hannsgeorg Schönig
Fraktionsvorsitzender
CDU-Stadtratsfraktion

Alexandra Gill-Gers
Fraktionsvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion

David Dietz
Fraktionsvorsitzender
FDP-Stadtratsfraktion

Dr. Claudius Moseler
Fraktionsvorsitzender
ÖDP-Stadtratsfraktion

Erwin Stufler
Freie Wähler